

Handelsblatt print: Nr. 149 vom 05.08.2020 Seite 006 / Politik

WASSERSTOFF

Warten statt Taten

Die Bundesregierung hat ambitionierte Pläne mit dem Energieträger. Doch von einer Realisierung der Ideen ist noch nicht viel zu sehen.

Klaus Stratmann Berlin

Die Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums vom Montag dieser Woche ist geprägt von einem optimistischen Grundton: Mit dem Projekt "Westküste 100" würden "bereits Bausteine der Nationalen Wasserstoffstrategie" umgesetzt, wird Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zitiert. Es handele sich um ein "hochinnovatives Pionierprojekt". Bei dem Vorhaben, das der Bund mit 30 Millionen Euro fördert, liegt der Fokus auf der Erzeugung von Wasserstoff aus Windstrom.

Der Haken an der Sache: "Westküste 100" ist eines jener Projekte, die im Bundeswirtschaftsministerium seit Langem unter der Überschrift "Reallabore" laufen. Hier wird in kleinem Maßstab experimentiert, die Reallabore sind Teil des siebten **Energieforschungsprogramms** der Bundesregierung. Das Programm stammt aus dem Jahr 2018. Die Reallabore stellen nur einen Trippelschritt in die neue Wasserstoff-Welt dar.

Die im Juni verabschiedete Nationale Wasserstoffstrategie verspricht deutlich mehr: Es geht um den Aufbau einer kompletten Wasserstoffinfrastruktur im industriellen Stil: vom Import über die Produktion bis zur Speicherung und Verteilung in die Verbrauchszentren.

Doch der Weg bis dahin ist unklar. Die Bundesregierung hat noch keine konkreten Vorstellungen, wie sie ihre Wasserstoffstrategie umsetzen will. Das belegt die Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion, die dem Handelsblatt vorliegt. Für die Industrie setzt sich damit die anhaltende Unsicherheit fort.

Entsprechend kritisch fällt das Fazit der Grünen aus. "Guter Wille reicht allein nicht. Die Bundesregierung muss den nötigen Maßnahmen und Projekten absolute Priorität einräumen, ansonsten verschlafen wir die wichtige Investitionsphase der Industrie, in der wir gerade stecken", sagte Dieter Janecek, industriepolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt. "Wenn ich Unternehmer bin und nicht weiß, ob sich der aufwendige und teure Umbau tatsächlich rentieren wird - auf welche Karte werde ich dann setzen? Die Bundesregierung ist zu zögerlich und muss für Planbarkeit sorgen", kritisiert Janecek.

Tatsächlich fallen die Antworten des Bundeswirtschaftsministeriums auf die Fragen der Grünen recht vage aus. So wollen die Fragesteller beispielsweise wissen, für welche Maßnahmen und Prozesse das angekündigte Pilotprogramm für Carbon Contracts for Difference (CfD) eingesetzt werden soll. In der Antwort heißt es, zum jetzigen Zeitpunkt könnten "noch keine detaillierten Angaben zu den konkret förderfähigen Maßnahmen und Prozessen gemacht werden".

/// Chemie- und Stahlbranche brauchen schnell Klarheit // .

Für viele Industrieunternehmen - insbesondere aus **energieintensiven** Branchen wie Stahl oder Chemie - ist diese Aussage unbefriedigend. Für sie sind CfD-Programme einer der Dreh- und Angelpunkte für den Einstieg in die Wasserstoffwelt. Diese funktionieren folgendermaßen: Öffentliche Hand und Unternehmen schließen Verträge für die Entwicklung von klimafreundlichen Projekten. Darin wird ein bestimmter CO₂ - Preis über eine gewisse Laufzeit garantiert. Der Projektentwickler zahlt, beziehungsweise erhält die Differenz zwischen Referenzpreis und dem tatsächlichen Preis im Emissionshandel.

Für **energieintensive** Branchen wie Stahl oder Chemie sind solche Vereinbarungen enorm wichtig. Gerade die Stahlbranche steht unter massivem Druck. Stahlerzeuger müssen die Effizienz bestehender Anlagen kontinuierlich steigern, um die Klimaschutzauflagen zu erfüllen. Dabei folgen sie den Vorgaben des europäischen Emissionshandelssystems. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Emissionszertifikate reduziert sich kontinuierlich.

Doch die Optimierung bestehender Anlagen ist nur eine Seite der Medaille: Mit konventionellen Verfahren werden sich die Klimaschutzauflagen auf Dauer keinesfalls erfüllen lassen. Parallel arbeiten die Hersteller daher an Verfahren, die im Wesentlichen auf dem Einsatz von grünem Wasserstoff basieren. Grüner Wasserstoff wird mittels Strom aus erneuerbaren Quellen per Elektrolyse hergestellt. Er ist klimaneutral.

Allerdings sind die Kosten für den Einsatz von grünem Wasserstoff extrem hoch. Klimaneutral produzierter Stahl hätte auf den Weltmärkten derzeit keine Chance. Ohne CfD-Modelle oder andere Fördermaßnahmen ist der Einstieg in die Produktion von

klimaneutralem Stahl daher nicht vorstellbar.

Die Investitionsentscheidungen können in vielen Fällen nicht mehr lange warten. Eine umfassende Studie, die Agora **Energiewende** und Wuppertal-Institut Ende vergangenen Jahres vorgestellt hatten, kommt zu dem Ergebnis, dass zwischen 2020 und 2030 in der Industrie eine große Reinvestitionsphase ansteht. Dies sei eine große Chance für den Klimaschutz, sagen die Autoren. Um aber zukunftsgerichtete Investitionen tätigen zu können, seien die Unternehmen rasch auf klare politische Rahmenbedingungen angewiesen.

Die Bundesregierung hat das Problem grundsätzlich erkannt. Dem trägt neben der Wasserstoffstrategie beispielsweise auch das kürzlich vom Bundeswirtschaftsministerium vorgestellte "Handlungskonzept Stahl" Rechnung. Es mangelt aber an Konkretisierungen. In der Antwort der Bundesregierung auf die Grünen-Anfrage heißt es lediglich, Fördermaßnahmen würden "derzeit ausgearbeitet". Auch beihilferechtliche Fragen müssten noch geklärt werden.

Unklar bleibt im Moment auch noch, wie die von der Bundesregierung angestrebten Wasserstoff-Partnerschaften mit Nicht-EU-Ländern aussehen sollen. Unbestritten ist, dass grüner Wasserstoff nur zu einem sehr kleinen Teil in Deutschland hergestellt werden kann, weil die Potenziale für den Ausbau der erneuerbaren **Energien** begrenzt sind. Der Löwenanteil wird importiert werden müssen.

Die Bundesregierung hat aber noch keine Vorstellung davon, welche Staaten Lieferländer werden könnten. "In Betracht kommen generell insbesondere Partnerländer, die ein sehr gutes Potenzial im Hinblick auf den Ausbau von erneuerbaren **Energien** aufweisen", heißt es in der Antwort auf die Anfrage der Grünen. Dabei seien "Umweltfragen, soziale Verantwortung und die Einhaltung von Menschenrechten stets wichtige Aspekte", heißt es dort weiter. Aus Sicht von Grünen-Politiker Janecek ist diese Antwort unkonkret und unbefriedigend.

Erfreulicher dürfte aus Sicht der Unternehmen der in der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums enthaltene Hinweis sein, man wolle die Investitionen für Forschung, Entwicklung und Demonstrationen für grünen Wasserstoff verstärken und strebe dazu an, ein neues "Important Project of Common European Interest" (IPCEI) zu schaffen. Vorhaben, die von der EU-Kommission als IPCEI-Projekte klassifiziert werden, können stärker von öffentlicher Förderung profitieren, ohne dass die Kommission beihilferechtliche Bedenken geltend machen kann. Die von Bundeswirtschaftsminister Altmaier angestoßenen Batteriekonsortien zählen beispielsweise zu den IPCEI-Projekten.

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

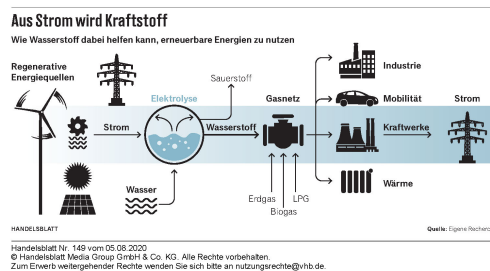
30 Millionen Euro investiert der Bund in ein Wasserstoffprojekt in Schleswig-Holstein.

Guter Wille reicht allein nicht. Die Bundesregierung muss den nötigen Maßnahmen und Projekten absolute Priorität einräumen.

Dieter Janecek

industriepolitischer Sprecher der Grünen

Stratmann, Klaus



Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 149 vom 05.08.2020 Seite 006
Ressort:	Politik
Branche:	ENE-01 Alternative Energie B
Dokumentnummer:	5217E71C-5E85-4826-8395-9F06209BA902

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_5217E71C-5E85-4826-8395-9F06209BA902%7CHBPM_5217E71C-5E85-4826-8395-9F

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH